

**Postulat Fraktion SVP (Roland Jakob, SVP): Integration in den Berner Volksschulen: Nicht nur vorgaukeln, sondern umsetzen!**

Seit der Beantwortung der „Kleinen Anfrage Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Zur Schule gehen ohne wirklich da zu sein“ wissen wir, dass es in den Schulen in der Stadt Bern üblich ist, Kinder und Jugendliche auch ohne gültigen Ausweis oder entsprechende Dokumente zu unterweisen. Diese Kinder und Jugendliche nennt man üblicherweise Sans-Papiers! Korrekterweise müsste man sie jedoch eigentlich Sans-Permis (ohne Genehmigung) nennen, denn sie verfügen sehr wohl über ein heimatliches, jedoch über kein Aufenthaltsdokument. Den Status verdanken sie grundsätzlich ihren Eltern. Sie sind es, welche durch ihr bewusstes oder unbewusstes Handeln, beziehungsweise nicht Handeln, ihren eigenen Kindern das Leben in unserer Gemeinschaft und somit die volle Integration erschweren oder sogar verunmöglichen.

Die einfachsten Dinge, wie zum Beispiel ein Tagesausflug mit der Schulklasse in ein Nachbarland, können für das Kind oder den Jugendlichen ohne Dokumente zum unüberwindbaren Problem werden. In der Folge fühlen sich viele Kinder und Jugendliche in einer solchen Situation ausgegrenzt. Dies nur deshalb, weil ihnen die Dokumente fehlen. Diesen Missstand (Umstand) gilt es zu beheben. Der Aufenthalt im Gastland soll nicht durch Angst vor einer Entdeckung für die Kinder und Jugendlichen geprägt sein. Bestrebungen auf verschiedenen politischen Ebenen zeigen, dass auch wir uns dem Thema nicht verschliessen dürfen.

Ein gangbarer Weg um die Situation zu lösen könnte sein:

1. Die Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) Stadt Bern erarbeiteten mit den zuständigen NGOs ein Vorgehen, wie der Status dieser in Bern lebenden Personen – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten – geregelt werden können. Dabei prüfen die EMF der Stadt Bern das Umfeld und die Hintergründe des Sachverhaltes. Elementar sind dabei das gegenseitige Vertrauen und die Transparenz sowohl der NGOs, wie auch der Verwaltung.
2. Die Schulen sollen verpflichtet werden, die betroffenen Kinder oder Jugendlichen gemäss Punkt 1 der EMF zu melden. Dabei gilt es jedoch sensibel und behutsam mit den Betroffenen umzugehen.
3. Das Reglement über das Schulwesen (Schulreglement; SR 430.101) wird mit einem entsprechenden Zusatzartikel, den der Gemeinderat ausarbeitet und in dem er die Meldepflicht an die EMF sicherstellt, ergänzt.

Die SVP Fraktion bittet den Gemeinderat, das Anliegen und insbesondere die Punkte 1 bis 3 des Postulats zu prüfen.

Bern, 16. Januar 2014

*Erstunterzeichnende: Roland Jakob*

*Mitunterzeichnende: Karin Hess-Meyer, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Nathalie D'Addezio, Rudolf Friedli, Kurt Rüeeggsegger, Alexander Feuz, Pascal Rub, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Dolores Dana, Christoph Zimmerli*